

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik und einige planerische Konsequenzen

Habekost, Heinrich

Veröffentlicht in:
Abhandlungen der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 26, 1976,
S.93-105



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik und einige planerische Konsequenzen

Von *Heinrich Habekost*

Solange es Menschen gibt, ist das Leben des Einzelnen immer eingebaut gewesen in die Gemeinschaft seiner Mitmenschen, verhaftet mit dem äußeren Wohl und Wehe der Gesellschaft, in der er lebt, aber auch mit dem Geist seiner Zeit, mit der Ideologie und dem Wissensstand seiner Epoche. Der Begriff des Menschen als „zoon politicon“ im Sinne Aristoteles hat immer seine Gültigkeit gehabt und wird sie auch behalten. Hermann Hesses „Steppenwolf“ ist zwar ein Einzelgänger, aber einer, der erst durch seine Isolation von der Gesellschaft dazu wird, oder besser gesagt, durch seine Konfrontation mit der Gesellschaft seinen Standpunkt findet, also doch gekoppelt ist.

Wenn dem so ist, wenn wir alle als Glieder einer Gesellschaft mit dieser verbunden sind, und es von Natur aus auch sein wollen, so lohnt sich sicher die Frage, ob es nicht im Bereich geschlossener Kulturen Gesetzmäßigkeiten gibt, nach denen das Zusammenleben abläuft, Abhängigkeiten, die sich so weit definieren lassen, daß man aus einer Analyse auf Konsequenzen hinweisen kann. Man könnte auf diese Weise mindestens einen systematischen Überblick über den Ablauf gesellschaftlichen Zusammenlebens bekommen, evtl. aber darüberhinaus auch steuernd in den Entwicklungsprozeß der Gesellschaft eingreifen. Letztlich kommen wir bei dieser Vorstellung von der Erforschung der Zusammenhänge im gesellschaftlichen Leben auf der Stufenleiter der Entwicklung vom reinen Fatalismus zum beplanten oder geplanten Handeln, also zur ständigen systematischen Erörterung von Vorgehensweisen. Das möge im Augenblick etwas vereinfacht von mir als Wesen der Planung definiert sein.

Nun muß man, wenn man den gesamten Lebensraum des Menschen erfassen will, schon sehr viele Teilbereiche bearbeiten und versuchen, aus Einzelerkenntnissen zu einem Gesamtbild zu gelangen, soweit das bei der Komplexität der Materie überhaupt möglich ist. Denn bei der freien Entscheidungsmöglichkeit des Einzelnen eröffnen sich unendlich viele Spielräume des Handelns, wenn man nur an Bereiche wie Erwerbstätigkeit, Erholung, Familie, geistige und politische Aktivität und vieles andere denkt. Eines haben aber alle planerischen Teilgebiete gemeinsam, daß nämlich die Bevölkerung nach Art und Zahl den Maßstab setzt für alle Überlegungen, daß Zielvorstellungen und Beschlüsse über das, was werden soll, wesentlich beeinflusst werden von der Bevölkerungsmenge, für die ich plane, und wohl noch mehr von deren Struktur- also Alterszusammensetzung, Anteil an Männern und Frauen, Beschäftigte, soziale Schichtung usw. Bei jeder Überlegung für die Zukunft scheint es deshalb sinnvoll, daß wir uns über Stand und Entwicklung der

Bevölkerung Gedanken machen. Für die gesamte Erde ist dies unter Aufzeigung der wichtigsten Konsequenzen durch die Verfasser der Arbeit „Grenzen des Wachstums“ wohl hinreichend deutlich und mit dem notwendigen Ernst geschehen. Aber in den einzelnen Staaten läuft die Entwicklung vorerst doch noch sehr unterschiedlich, und was liegt schon näher, als daß wir uns einmal etwas näher ansehen, wie es um die Bevölkerung in der Bundesrepublik bestellt ist. Die Deutsche Akademie für Städtebau hat sich im Jahre 1975 auf ihrer Hauptversammlung mit dem Thema „Planung unter veränderten Verhältnissen“ befaßt, und ich beziehe mich hier zum großen Teil auf ein Referat des Abteilungspräsidenten Dr. Schwarz vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden.

Wir wollen im folgenden kurz eingehen auf

1. die bisher feststellbaren Tatsachen,
2. Aspekte für eine weitere Entwicklung,
3. einige Auswirkungen des Trends im planerischen Bereich.

Es gibt sicher eine Fülle von Disziplinen, die ihre Folgerungen aus dem Entwicklungsverlauf der Bevölkerung ziehen: die Soziologie, die Wirtschaft, die Politik, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen u. a. Man möge mir nachsehen, daß ich nur auf den raumordnerischen Aspekt eingehe.

Die feststellbaren Tatsachen sind kurz und einfach einzuprägen: Im Jahre 1939 hatte der Raum, den heute die Bundesrepublik Deutschland ausmacht, eine Bevölkerung von rd. 43 Mill. Menschen. Durch die Aufnahme von 10 Mill. Vertriebenen, 3 Mill. Flüchtlingen und 4 Mill. Ausländern, aber auch durch einen erheblichen Geburtenüberschuß nahm die Bevölkerung in 35 Jahren (bis 1974) auf 62 Mill. zu, also um fast 50 %. Im Jahre 1964 hatten wir noch einen jährlichen Geburtenüberschuß von mehr als 400 000. 1974 war der Überschuß ins Gegenteil umgeschlagen: Wir hatten über 100 000 Sterbefälle mehr als Geburten. Nimmt man die deutsche Bevölkerung allein (also ohne Ausländer), so liegt der Sterbeüberschuß sogar bei 200 000 Personen, und 1975 scheint sich diese Zahl auf etwa 250 000 zu erhöhen.

Die Hauptursache für diese Entwicklung liegt im enorm starken Rückgang der Geburtenzahlen. Während Mitte der 60er Jahre jährlich mehr als 1 Million Neugeborene registriert wurden, sank die Zahl 1974 auf 626 000, also um 40 % innerhalb von zehn Jahren. Das ist aber ein Gesamtwert; für die deutsche Bevölkerung allein betrug die Abnahme rd. die Hälfte.

Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes sind bei den gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnissen etwa 2,2 Kinder pro Ehe notwendig. Wir haben z. Z. nur eine Geburtenhäufigkeit von 1,5 Kindern je Ehe.

Das sind die Daten, von denen wir ausgehen müssen. Wie aber werden sie sich für uns in Zukunft bemerkbar machen? Es ist relativ einfach, aus den altersspezifischen Geburten- und Sterbeziffern den Bevölkerungsstand und die Altersstruktur einer Population vorauszuberechnen. Nur erhebt sich die Frage, ob die Entwicklung der letzten zehn Jahre beibehalten wird. Um sie beantworten zu

können, wären unter anderem genaue Kenntnisse über die Veränderungen der Sozialstruktur, der Wirtschaft und vor allem über das generative Verhalten notwendig. Aber wir wissen nicht nur darüber kaum etwas, sondern noch viel weniger über die Zusammenhänge dieser Determinanten und vor allem über Rang- und Wertvorstellungen, die man ihnen in den nächsten Jahrzehnten geben wird. Heute gültige Prioritäten können morgen eventuell von der menschlichen Gesellschaft nicht mehr als richtig akzeptiert werden. Das sind allgemeine Prognoseprobleme, vor denen der Planer immer steht, die aber in unserem speziellen Fall wegen der besonderen Schwierigkeit eines Eingriffes von außen noch offener ausgehen.

Außer der rein theoretischen Hochrechnung von Geburten und Sterbefällen können wir aus heutiger Sicht eigentlich nur einige sehr unsichere und vor allem leider nicht quantifizierbare Aussagen machen, die aber im Grunde alle darauf hinauslaufen, daß mit einer Zunahme der Kinderzahlen in den nächsten Jahrzehnten höchstwahrscheinlich nicht gerechnet werden kann. Einige Begründungen dazu:

- a) In der Vergangenheit wurde der Kinderreichtum mitbestimmt durch eine verhältnismäßig große Zahl nicht gewollter Kinder, nicht nur unehelicher sondern auch in den Familien. Infolge der immer stärker in den Gebrauch kommenden Empfängnisverhütungsmittel wird diese Kategorie von Kindern sicher immer seltener werden.
- b) Mit dem ständig steigenden Standard an Informationen und auch an Bildung werden immer mehr Menschen ihre Kinderzahl überlegt planen.
- c) Kosten-Nutzen-Denken spielt heute bei der Familienplanung sicher eine größere Rolle als früher. Und da kann man sehr schnell ausrechnen, daß der Nutzen, die Vorteile, die Eltern durch ihre Kinder erfahren, bereits bei ein bis zwei Kindern an die Grenze kommt gegenüber den Belastungen, den Kosten, die bei weiteren Kindern eintreten in Form von Zeit, Geld, Pflichten und Sorgen, die in der Erziehungsaufgabe stecken. Der patriarchalische Gedanke, daß eine größere Zahl von Kindern die Gewähr für materielle Sicherung der Eltern bei Krankheit und im Alter darstellt, spielt heute keine Rolle mehr. Andererseits wird der gesellschaftliche Nutzen, nämlich daß Kinder für den Fortbestand der Gesellschaft notwendig sind, von der einzelnen Familie mindestens in praxi nicht respektiert.
- d) Angesichts der Emanzipation der Frau sollte man auch nicht vergessen, auf die große Zahl der Stimmen hinzuweisen, die es nicht mehr als schicksalhafte Bestimmung der Frau ansehen, mehrere Kinder großzuziehen und ihnen einen großen Teil ihres Lebens nahezu ausschließlich zu widmen.
- e) Schließlich möge noch erwähnt sein, daß geringe Kinderzahl in der Ehe nichts Neues für uns ist. Die älteren Ehen zwischen den beiden Weltkriegen hatten zum großen Teil auch nur 1 bis 2 Kinder. Der Boom der letzten Jahrzehnte war ein Ergebnis der hohen Kinderzahlen von 1935 bis 1940 und einer gewissen Stauwirkung aus den Kriegsjahren, die sich erst nach 1950 löste.

Es sieht also nicht danach aus, daß in den nächsten Jahrzehnten der Bevölkerungsrückgang aufzuhalten ist.

Das bedeutet andererseits auch nicht, daß unter Beibehaltung einigermaßen normaler Lebensbedingungen in etwa den nächsten 25 Jahren mit einer dramatischen Abnahme der Gesamtbevölkerung zu rechnen wäre. Diese Aussage läßt sich mit einiger Genauigkeit belegen; denn die meisten Menschen dieses Zeitraumes leben ja bereits heute. Wir müssen aber mit einem Rückgang der Geburtenziffer rechnen, wie er in Deutschland ohne Beispiel ist und aus der Sicht eines relativen Wohlstandes auch nur schwer erklärbar erscheint. Wenn der Stop im Zuzug ausländischer Arbeitskräfte anhält, also kein wesentlicher Wanderungsgewinn eintritt, wird sich aus dem Negativsaldo der Geburten gegenüber den Sterbefällen bis zum Jahre 2000 die Bevölkerung von 62 Mill. auf etwa 57 Mill. Bewohner reduzieren. Auf die deutsche Bevölkerung allein bezogen beträgt der Schwund sogar von 58 auf 52 Mill. = rd. 6 Mill. Menschen. Der Rückgang würde in einem Vierteljahrhundert also etwa 10 % betragen. Er ist deshalb nicht größer, weil der Altersaufbau der Bevölkerung z. Z. noch relativ günstig ist. Die starken Geburtsjahrgänge aus den 50er Jahren kommen jetzt ins Heiratsalter und werden die Absolutzahlen der Geburten noch einigermaßen hochhalten. Dennoch kommen wir in der Bilanz ins Minus, und etwa ab 2000 müssen wir mit Bevölkerungsabnahmen von jährlich rd. 300 000 Menschen rechnen, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, wenn wir nicht wieder stärkere Einwanderungen zulassen.

Solange Deutschland wirtschaftlich gesehen für Ausländer attraktiv ist, könnte man das Defizit durch entsprechende Hereinnahme von Ausländern decken. An diesen Vorgang, natürlichen Bevölkerungsschwund durch Wanderungsgewinn wieder auszugleichen, haben sich unsere Großstädte schon seit Jahrzehnten gewöhnt. Nur sind es hier nicht allein die Ausländer, sondern vor allem die Bevölkerung des Umlandes, die das weitere Wachstum an Einwohnerzahlen verursacht haben. Aber die Fremdbevölkerung zieht schwerwiegende Konsequenzen nach sich: 4 Mill. Ausländer haben wir bereits, und zwar meist konzentriert angesiedelt in den Ballungsgebieten. Wenn wir um die Jahrhundertwende noch 62 Mill. Einwohner sein wollen, müßten wir die Zahl der Ausländer auf 10 Mill. ansteigen lassen. Das ist eine wichtige politische Entscheidung und keine einfache, wenn man sich überlegt, daß eine Einwanderungspolitik sofort einen ganzen Katalog von Problemen auslöst, mit positiven wie mit negativen Vorzeichen. Man löst nicht nur die Frage fehlender Arbeitskräfte, sondern beschwört andere Spannungsfelder herauf wie das Wohnungsproblem, Schulen für Ausländerkinder, die Frage der sozialen Integration u. a.

Im übrigen braucht ein Rückwärtsmarschieren von 62 Mill. auf etwa 50 Mill. Einwohner noch keineswegs in unvorstellbare Positionen zu führen. Wir waren im Jahre 1939 auch nur 43 Mill. Menschen in diesem Gebiet. Im Gegenteil, man kann sich vorstellen, daß dieser Vorgang von manchem begrüßt wird. Denn unser Lebensraum und vor allem unsere natürlichen Hilfsquellen sind sowieso begrenzt. Vor allem wird eine derartige Entwicklung wohl von jenen positiv beurteilt

werden, die sich bisher ohne Erfolg gegen die starken Ballungen von Menschen und Wirtschaft in unseren Agglomerationsräumen eingesetzt haben, und von denjenigen, die auf die Überstrapazierung des Naturhaushaltes mit allen Umweltschäden, Verkehrsmisern und sonstigen negativen Auswirkungen immer wieder hingewiesen haben. Wenn diese Probleme auch nicht entfallen, aber eine gewisse Milderung könnte man doch wohl bei einem Abwärtstrend in den Bevölkerungszahlen erwarten.

Noch zwei Gedanken allgemeiner Art seien gestattet: Ohne eine positive Einwanderungspolitik läuft unsere Bevölkerungszahl rückwärts, erst langsamer, später schneller. Das wäre nur aufzuhalten, indem man die Deutschen veranlaßt, wieder mehr Kinder zu bekommen. Man müßte dann aber sehr schnell handeln; denn durch den verstärkten Zuwachs an alten Leuten wird unsere Bevölkerungspyramide von Jahr zu Jahr kopflastiger. Es dürfte klar sein, daß in Zukunft die relativ wenigen Erwerbstätigen schon über Gebühr hohe Lasten für die Altersversorgung tragen müssen. Und dazu käme dann noch die erhöhte Belastung für den propagierten Kindersegen, im privaten und im öffentlichen Bereich, in der Familie und im Staat. Eine Stabilisierung des Bevölkerungsstandes kann also nur noch unter entsprechenden Opfern geschehen. Die Bereitschaft dazu ist aber erfahrungsgemäß gering, weil ein etwaiger Erfolg sich erst Jahrzehnte später bemerkbar macht, wenn nämlich die Neugeborenen 25 bis 30 Jahre alt sind und produktiv werden.

Der zweite Gedanke ist der, daß heute alle unsere Lebensbereiche auf eine 62-Mill.-Bevölkerung abgestellt sind, z. T. hat man auch schon darüber hinaus disponiert. Bei einer Reduzierung der Bevölkerung müßten also auch Anpassungen vorgenommen werden an das verminderte Kaufvolumen, das Arbeitskräftepotential, das Potential an Verteidigung und Sicherheit, an geistiger Auslese und vielem anderen. Aber nicht nur eine Adaption an die veränderte Menge steckt in dem Problem, sondern weit stärker noch die an die kommende Altersstruktur. Mit der Überalterung bei Bestandsverminderung und den damit verbundenen Änderungen in den Verhaltensnormen werden wir uns in Deutschland schon in Kürze sehr ernstlich auseinandersetzen müssen.

Wenn wir uns nun den Konsequenzen aus der wahrscheinlichen Bevölkerungsentwicklung zuwenden wollen, so können wir – wie bereits eingangs angedeutet – die unterschiedlichsten Bereiche menschlichen Handelns beleuchten, um festzustellen, wie diese auf den Wandel in der Bevölkerungsstruktur reagieren werden. Wir wollen uns aber nur beispielhaft mit einigen Gebieten befassen, die uns vielleicht besonders ansprechen.

1. Gedanken zur Bevölkerungsverteilung im Siedlungsraum

Die Veränderung der Bevölkerungsmenge in einem Planungsraum (Stadt, Kreis, Land) ergibt sich aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (das sind Geburten und Sterbefälle) und den Wanderungen (Ein- und Auswanderungen). Das Niveau der Geburtenhäufigkeit ist auch heute noch bei uns in Deutschland sehr unter-

schiedlich. In einigen Landkreisen im Nordwesten Niedersachsens, in Niederbayern, in Oberschwaben liegen die Geburtenzahlen noch über dem Reproduktionsminimum. In den großen Städten und ihrem Umland wird dagegen nicht mehr die Hälfte dieses Grenzwertes erreicht. Aber auch in den meisten ländlichen Bezirken geht der Trend abwärts, so daß auch dort auf lange Sicht die Erhaltung der Bevölkerungssubstanz nicht sichergestellt ist. Es gibt also in Zukunft keine Gebiete mehr bei uns in Deutschland, die einen Bevölkerungsüberschuß an andere Gebiete abgeben können. Wenn sich das im Augenblick noch nicht so deutlich bemerkbar macht, so liegt das an der noch günstigen Altersstruktur. Immerhin wurden bereits Ende 1973 von den 400 Stadt- und Landkreisen $\frac{2}{3}$ (266) registriert, die mehr Sterbefälle als Geburten aufwiesen. In den 110 kreisfreien Städten überwog der Sterbeüberschuß allgemein, und die Geburtenhäufigkeit erreichte nirgends das Reproduktionsminimum.

Wenn dem Bundesbürger auch durch das Grundgesetz die freie Entscheidung über seinen Wohnsitz und seinen Arbeitsplatz zugesichert ist, so muß der Planer sich dennoch klar werden über mögliche und wünschenswerte Neuverteilungen in der Besiedelungsdichte von Planungsräumen für den Fall einer Änderung der Bevölkerung nach Menge und Struktur. Derartige Überlegungen sind nicht zwecklos angesichts der Steuerungselemente, mit denen man gegebenenfalls eine erwünschte Entwicklung fördern kann. Hilfen im Wohnungsbau, gute Infrastrukturausstattung, Wirtschaftsförderung oder Maßnahmen ähnlich dem Berlinhilfe-Gesetz können u. U. eine gewisse Lenkung der Bevölkerungsansiedlung bewirken. Im Prinzip wäre es möglich, die Schrumpfung des Volksbestandes

- a) gleichmäßig über das gesamte Bundesgebiet zu verteilen,
- b) allein in den Ballungsräumen sich auswirken zu lassen,
- c) in ländlichen Räumen mit geringen Entwicklungschancen vorzunehmen,
- d) zu einer Konzentration der Bevölkerung in wenigen entwicklungsträchtigen Gebieten zu nutzen.

Das letzte Modell steht ganz unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Progression und besitzt heute sicher keine Aussicht mehr auf einen ernst zu nehmenden Ansatz. Eine Lenkung des knapp gewordenen Bevölkerungspotentials in die wirtschaftlich attraktivsten Räume bedeutet eine Vernachlässigung der übrigen Gebiete. Damit würde das Gefälle zwischen armen und reichen Landschaften noch größer als bisher. Das widerspricht aber dem erklärten Ziel unserer gesamten Raumordnungspolitik, nach der in allen Teilen des Bundesgebietes die Daseinsvoraussetzungen so weit zu schaffen sind, daß der einzelne sich frei entfalten kann.

Die erste Alternative einer gleichmäßigen Abnahme der Bevölkerung über das ganze Bundesgebiet entspricht in etwa den Vorstellungen im Raumordnungsprogramm der Bundesregierung, wonach einer Schwächung der ländlichen Gebiete durch großräumige Abwanderung entgegengewirkt werden soll und gleichzeitig möglichst kein Zuwachs an Bevölkerung und Arbeitsplätzen in den problemgeladenen Verdichtungsräumen erfolgen soll. Als oberste Planungsmaxime ist diese

Forderung sicher zu akzeptieren; sie sollte auch bei raumordnerischen Konzepten immer als Leitlinie erkennbar sein, nur steht einer konsequenten Realisierung im Detail doch sehr viel entgegen. Dazu folgende Gedanken:

Zweifelloos birgt die Konzentration von Menschen in den Ballungsgebieten eine Menge Nachteile in sich. Man müßte im Planfall b) dafür sorgen, daß der Schrumpfungsprozess sich überwiegend in den Verdichtungsräumen abspielte. Wenn der Zuzug vom Land in die Großstädte unterbunden würde und Einwanderungen aus dem Ausland unterblieben, würden unsere Verdichtungsräume bevölkerungsmäßig schnell abnehmen. Denn deren Kinderzahlen sind bereits heute schon sehr klein und werden in Kürze noch kleiner, so daß aus der natürlichen Entwicklung der Bestand nicht gehalten werden kann. Hamburg, Frankfurt oder München würden innerhalb von 30 Jahren 20 % ihrer Bevölkerung einbüßen, Berlin sogar 25 %. Ein solches Modell hat wohl nur wenig Chancen auf Verwirklichung. Es ist aber eine Planungsalternative die von jemandem, der die negativen Auswirkungen eines Verdichtungsraumes sehr hoch bewertet, mit in die Überlegungen gebracht werden könnte.

Wir müssen uns wohl darauf einstellen, daß in den Ländern der alten Welt lohnintensive Produktionen sich nicht mehr halten können, sondern in Bereiche der Welt abwandern mit niedrigerem Lohnniveau. Den ländlichen Räumen bleiben auf diesem Sektor kaum Chancen, solche Produktionen an sich zu ziehen (z. B. Textilien, Konserven, billige Massengeräte). Unsere Industrie befindet sich bereits in einem Umstrukturierungsprozeß, der eindeutig auf Prioritäten im Bereich von Neuentwicklungen (Innovationen) abgestellt ist (Chemie, Elektronik, Energieerzeugung). Die Produktionsstätten dafür sind aber aus vielen Gründen nur in den Verdichtungsräumen wirtschaftlich zu errichten. Das Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen höherer Qualität wird also auch aus diesem Grunde immer in den dichten Regionen vorliegen.

Hinzu kommt, daß der Sog in die Ballungsgebiete immer stärker wird, je mehr sich dort die Bevölkerung vermindert. Vorhandene Wohnungen und Arbeitsplätze, eine hoch entwickelte Infrastruktur sind Magnete, die besonders auf den jüngeren Erwerbstätigen einwirken. Der Wanderungsdrang aus ländlichen Räumen in attraktive Agglomerationen wird sich vor allem in dem Maße verstärken, wie die ländliche Jugend eine bessere Schul- und Berufsausbildung erfährt, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Im Endergebnis müssen wir wohl damit rechnen, daß bei unserem liberalen Gesellschaftssystem sich (vielleicht leider) eine weitere Entleerung mindestens derjenigen ländlichen Räume vollzieht, die schon immer benachteiligt waren wegen ihrer ungünstigen geographischen Lage, einer unzulänglichen Wirtschaftsstruktur und einer extremen Verkehrsferne.

2. Auswirkungen auf Infrastruktureinrichtungen

Wenn Infrastruktureinrichtungen richtig bemessen sind und an der richtigen Stelle liegen, brauchen sie als wichtigste Grundlage für einen wirtschaftlichen Be-

trieb eine entsprechende Auslastung. Sobald der Benutzerkreis über das Investitionsmaß herunter sinkt, treten Verluste ein, die entweder zu Subventionierungen oder zur Schließung der Einrichtung zwingen. Eine Bevölkerungsverminderung wirkt sich hier gleich doppelt aus: a) kaufen weniger Leute z. B. eine Eintrittskarte für das Theater oder das Hallenbad und b) sinkt auch die Zahl der steuerzahlenden Personen, über die die Subventionen aufzubringen sind. Kurzfristig werden die stärksten Reaktionen auf den Einwohnerschwund bei den Einrichtungen festzustellen sein, die für die jüngeren Jahrgänge da sind (Kindergärten, Schulen, Kinderfreizeiteinrichtungen); denn wir haben ja festgestellt, daß hier in absehbarer Zeit mit einer Minderung von ca. 40% zu rechnen ist. D. h. heute überlastete Einrichtungen können morgen bereits entlastet sein bzw. fehlende stellen u. U. in Zukunft keinen Mangel dar. Man darf also nicht aus der augenblicklichen Situation heraus planen, sondern muß schon sehr genau die demographische Struktur und deren Fortschreibung erfassen. Hinzu kommt noch gerade bei Kindergärten und Grundschulen (also Einrichtungen für kleine Kinder), daß sich der Einzugsbereich wegen begrenzter Anmarschzeiten nicht beliebig vergrößern läßt. Man kann also nicht durch Vereinigung mehrerer Bezirke zu einer besseren Auslastung kommen.

Das Kritische bei Infrastruktureinrichtungen liegt m. E. darin, daß ihre Lebensdauer fast immer größer ist als die Generationsspanne, für die sie gebaut worden sind. Zentrale Einrichtungen sollten noch nach Generationen ihre Aufgabe erfüllen. Man wird sich deshalb für die Zukunft sehr genau überlegen müssen, ob überall die Netzdichte von geplanten Einrichtungen aufrechterhalten werden kann. Dies gilt (leider) wieder insbesondere für den ländlichen Raum, wo aus den uns bekannten Gründen immer weniger an Kapazitätsauslastung zu denken ist. Allerdings spielt bei der räumlichen Zuordnung von Infrastrukturen nicht nur die Bevölkerungsentwicklung eine Rolle, sondern der technische Fortschritt und damit der Anspruch auf immer vollkommeneren Ausstattung sind wohl mit die Ursache für immer größere Einheiten (z. B. Schulen), die dann natürlich wegen der hohen Kosten in geringerer Anzahl, dafür aber mit weiterem Einzugsbereich, errichtet werden.

3. Bildungswesen und Geburtenrückgang

Die Auswirkungen des Bevölkerungsschwundes müssen sich naturgemäß am ehesten bei den jüngeren Jahrgängen bemerkbar machen. Man sollte aber bedenken, daß die Ausbildung unserer Jugend heute bis zu drei Jahrzehnten dauert und damit nicht in allen Bildungsbereichen zugleich dieselben Probleme auftreten können.

In der Vergangenheit konnten wir noch nicht jedem zweiten Kind im Alter von 3 bis 5 Jahren einen Platz im Kindergarten bieten. Bei nur noch 0,6 Mill. Neugeborenen pro Jahr müßten schon ab 1978 ohne Neubau weiterer Einrichtungen etwa 80% aller Kleinkinder einen Kindergartenplatz finden. Die heute vorhandenen Anlagen reichen also für die Zukunft aus, wobei allerdings offenbleibt, ob sie in ihrer Lage zu den Wohngebieten noch passen.

Weil sich die Schülerzahlen durch die Fortschreibung der heute vorhandenen Jahrgänge unterschiedlichen Alters leicht ermitteln lassen, lassen sich auch für die

einzelnen Schulstufen relativ genaue Angaben machen. Danach muß im Bereich der Grundschulen schon ab 1979/80 ein erhebliches Überangebot an Schulleistungen bestehen. Bei 40 % weniger Schulanfängern als heute müssen Klassen leerstehen. Im Gegensatz dazu wird der Bedarf an Plätzen in den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien vorerst noch steigen. Der Höhepunkt in den Abiturienten- und Studentenzahlen wird sogar erst 1985 und später erreicht werden. Danach ist dann allerdings mit einem steilen Abfall zu rechnen.

Schule ist also nicht gleich Schule. Während die einen noch über überfüllte Klassen und Hörsäle klagen, stehen die anderen bald vor halb leeren Bänken. Es wird für die Zukunft sehr schwierig sein, die richtige Größenordnung im Angebot an Bildungseinrichtungen zu finden.

Das Problem liegt dabei nicht in der Dimensionierung für ein bestimmtes Jahr, sondern in der Anpassungsfähigkeit der Anlagen an den zeitlich unterschiedlichen Schwund der Benutzer. Hinzu kommt noch, daß die Bildungsinfrastruktur nicht nur schwankender Nachfrage standhalten soll, sondern auch weitgehend bestimmt wird durch die Bildungssysteme. Gerade auf diesem Gebiet haben unsere Pädagogen in jüngster Zeit so viel Unruhe gestiftet, daß an eine systematische Planung schwerlich zu denken war.

In den Bevölkerungsbereich gehört auch das Problem der Lehrer. Es muß doch so sein, daß zu Zeiten eines Kinderbooms Lehrermangel herrscht. Die Lehrer gehören immer Geburtsjahrgängen an, die weit von denen der Schulkinder entfernt liegen. Und wenn man unterstellt, daß in normalen Zeiten ein ungefähr gleichbleibender Prozentsatz eines Jahrgangs sich dem Lehrerberuf zuwendet, wäre es mehr als ein Zufall, wenn einmal das Verhältnis Schüler-Lehrer stimmte. Aber für die nächsten Jahrzehnte führt dieser Gedanke ganz eindeutig zu dem Schluß, daß Lehrerüberschuß zu einem Dauerproblem werden muß. Bei permanentem Rückgang der Geburten sind die um ca. 30 bis 40 Jahre älteren Jahrgänge der Lehrer immer stärker besetzt als die der Schulkinder. Auch in diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die besonderen Probleme im ländlichen Raum hingewiesen. Wenn gerade die junge Bevölkerung in die Ballungsgebiete umsiedelt, wird man aus Kinder-mangel das Netz der Bildungseinrichtungen auf dem Lande nicht so engmaschig aufbauen können, wie das gerade hier wünschenswert wäre. Die Entfernungen zu den Bildungsstätten werden für die Dorfkinder zu groß, und damit sinken die Chancen weiter für sie, die ohnehin schon viele Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Bildungswesen ist teuer, und deshalb hat natürlich ein Schrumpfungsprozeß im Bereich der Kosten auch einen positiven Aspekt. Wenn der Anteil der Jugend klein ist – insbesondere im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen – kann man entweder unter Beibehaltung des vorhandenen Bildungsangebotes die Belastung des Steuerzahlers senken, oder aber man kann das Bildungswesen qualitativ für den Auszubildenden verbessern. Das gilt nicht nur für den Staat, sondern in gleicher Weise für die Familie, wo die Eltern einem einzelnen Kind eine längere und teurere Ausbildung zukommen lassen können, als dies kinderreiche Familien können.

4. Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt

Bis etwa zum Jahre 1985 werden wir trotz rückläufiger Zahlen der Gesamtbevölkerung keine Abnahme sondern sogar eine Zunahme des Arbeitskräftepotentials verzeichnen können. Das liegt daran, daß bis dahin noch die starken Geburtsjahrgänge der 50er und 60er Jahre in das Alter der Erwerbsfähigkeit aufrücken und auf der anderen Seite die Zahl der Personen, die ins Rentenalter kommen, geringer wird. Bei der zu vermutenden Bevölkerungsentwicklung könnte sogar im Jahre 2000 die Zahl der Erwerbsfähigen etwa noch so groß sein wie heute. Allerdings wirkt sich von da ab der heutige Geburtenrückgang aus, und ohne Zuwanderung würde das Arbeitskräftepotential dann von Jahr zu Jahr geringer. Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, daß sich im Berufsnachwuchs bereits zwischen 1985 und 1995 erhebliche Lücken bemerkbar machen werden, ähnlich wie in dieser Zeit auf den Gymnasien und Universitäten.

Dies sind Fakten, die auf den absoluten Zahlen aufbauen. Sieht man sich die Relationen an, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber dem Gesamtbevölkerungsstand auch bei anhaltend niedrigem Geburtenniveau nicht unter den Stand einer Erwerbsquote von 45 % sinken wird. Das ist etwa auch der Wert, den wir heute haben. Bis ungefähr zum Jahre 1990 können wir vorübergehend sogar mit einer beträchtlichen Zunahme der Erwerbsquote rechnen, wobei wir allerdings mit einer fortschreitenden Verschiebung des mittleren Alters der Erwerbstätigen nach oben (also ins höhere Alter) vorlieb nehmen müssen. Für die Konsequenzen, die sich aus der Relation Erwerbstätige : Gesamtbevölkerung entwickeln, ergibt sich also gar kein ungünstiges Bild unter der Voraussetzung, daß keine neuen bildungs- und sozialpolitischen Forderungen gestellt werden, die der Erwerbstätige bzw. der Steuerzahler aufzubringen hat.

Eine andere Frage ist, ob unsere Wirtschaft, der Bildungsbereich, die Wissenschaft, die Verteidigung die zweifellos zu erwartende Abnahme der absoluten Zahlen an Erwerbstätigen verdauen kann, mit anderen Worten, ob wir mit einem verminderten Potential noch existieren können. Es steckt in diesem Zusammenhang aber auch noch die Konsequenz im Geburtenrückgang, daß aus kinderlosen oder Ein-Kind-Familien zusätzlich Frauen für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen; einmal weil bei diesen Frauen auch in der Ehe die Zeit zur Berufstätigkeit vorhanden ist, und zum anderen, weil weibliche Berufstätige durch die Ehe entweder ihre Tätigkeit überhaupt nicht unterbrechen brauchen oder bei einem Kind nur einmal kurzfristig.

Wenn man also die Arbeitskräftesituation pauschal beurteilen will, kommt man zu dem Ergebnis, daß mit einem Rückgang an Erwerbstätigen unter den gegenwärtigen Stand erst im nächsten Jahrhundert zu rechnen ist. Diese Tatsache birgt besondere Gefahren in sich. Denn wer hat schon Ohren für so langfristige Entwicklungen, wen kann man heute zu entschlossenem Handeln bringen aus der Einsicht, daß Kinder, die jetzt nicht geboren werden, nicht nur ab 2000 fehlen, sondern danach für ein halbes Jahrhundert eine Lücke im Arbeitskräftepotential bilden. Das

Bagatellisieren mit dem Argument, daß wir dann wohl in der Lage wären, mit weniger Arbeitskräften durch entsprechend höhere Produktivität mindestens unser heutiges Sozialprodukt zu erarbeiten, wenn nicht ein weit höheres, entbehrt vorläufig noch der realen Grundlage und ist wohl mehr das Beruhigungsmittel für Leute, denen es schwer fällt, langfristig zu planen.

5. Probleme der Altersversorgung

Demographisch gesehen muß bei einer schrumpfenden Bevölkerung die Alterspyramide kopflastig werden, den weniger werdenden Kindern stehen hohe Anteile an alten Menschen gegenüber. Die Frage lautet, wie weit sich eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung auswirkt auf die Belastung, die der Lebensunterhalt und die Gesundheit der Alten auslöst.

Bis der Geburtenrückgang unserer Tage die Altersgruppe der Rentner erreicht, vergehen 50 bis 65 Jahre, mehr als ein halbes Jahrhundert. Bis dahin rekrutiert sich diese Gruppe noch aus den Altersschichten, die in früheren Jahrzehnten geboren wurden. Wir müssen in der nächsten Zeit erst einmal mit der großen Zahl von alten Menschen fertigwerden, die aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammen. In diesem „Rentnerberg“ stecken wir bereits heute, aber er wird sich noch vergrößern. Danach kann mit einer Abnahme der Zahl der Personen im Rentenalter gerechnet werden, bis sich etwa um die Jahrhundertwende und kurz danach wieder eine Welle entwickelt, die über dem heutigen Stand liegt. Erst etwa nach 30 bis 40 Jahren im nächsten Jahrhundert kommt es dann zu der erheblichen Abnahme, die durch den heutigen Geburtenrückgang verursacht ist.

Der prozentuale Anteil der Alten an der Gesamtbevölkerung ist aus den absoluten Bewegungen leicht herzuleiten. In der gegenwärtigen Welle erreicht der Anteil der über 60jährigen kaum 20%. Das liegt daran, daß die Gruppen der Kinder und Menschen im erwerbsfähigen Alter noch relativ gut besetzt sind. Etwa um das Jahr 2000 müssen wir bereits mit rd. 22% rechnen, und bevor die heutigen geburtenschwachen Jahrgänge ins Rentenalter kommen, kann sogar vorübergehend eine Überalterung bis zu 30% eintreten.

Um sich eine Vorstellung über die Belastung der Erwerbstätigen durch die Rentner zu machen, kann man die vorstehenden Angaben sehr schnell transponieren. Denn wir haben bereits früher festgestellt, daß der Erwerbstätigenanteil an der Gesamtbevölkerung nahezu konstant bei etwa 45% bleibt. Wenn die Sozialleistungen auf dem heutigen Niveau bleiben sollen, muß man also damit rechnen, daß in den kommenden Jahren die Sozialbelastung der arbeitenden Schichten zunächst noch schwach steigt, daß sie dann aber abnimmt, (wenn nämlich die starken Jahrgänge aus dem Anfang unseres Jahrhunderts gestorben sind), um dahinter auf einen bisher nie dagewesenen Höchststand zu klettern. Aus der Relation der Erwerbstätigen zu den Rentnern kommt man dann zu einer Mehrbelastung in der Sozialversicherung, die bei etwa 40% über dem heutigen Stand liegen müßte. Analog zu den Überlegungen bei den Lehrern muß man auch hier feststellen, daß

bei einer schrumpfenden Bevölkerung stets ein Überhang an alten Leuten vorhanden sein muß, weil ja bei den Kindern der Schwund eintritt und die Welle der Alten immer um 65 bis 75 Jahre hinterherläuft.

Die Prognose der Altersbelastungen unseres Volkes sieht unter den vorgegebenen Voraussetzungen also alles andere als rosig aus. Es kommt noch hinzu, daß die Altersgruppe der über 60jährigen global betrachtet wurde. In Wirklichkeit sehen wir aber auch noch innerhalb dieser Gruppe in der nächsten Zeit einem starken Anwachsen der ältesten, der über 75jährigen, entgegen, für die noch besonders hohe Gesundheits- und Pflegekosten anfallen. Gerechterweise darf bei der Überlegung der Soziallasten allerdings nicht nur das Verhältnis Erwerbstätige : Rentner herangezogen werden. Wir haben schon früher gesagt, daß bei Minderung der Kinderzahl die Unterhaltungs- und Ausbildungslasten sinken. Dadurch pendelt sich die Gesamtbelastung der Bevölkerung sicher wieder etwas ein. Ob und wie weit sich allerdings diese beiden Konten ausgleichen, läßt sich wohl nicht mehr prognostizieren.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß aus der Sicht der wenigen betrachteten Aspekte der Bevölkerungsentwicklung sich sowohl positive wie negative Schlußfolgerungen ziehen lassen. Eindeutig und schlüssig sind sie nicht. Sie können es schon deshalb nicht sein, weil Prognosen über Bevölkerungsbewegungen ohne einen Ansatz von Wanderungen zwangsläufig zu erheblichen Fehleinschätzungen führen müssen. Aber selbst wenn man nur die natürliche Entwicklung methodisch untersucht, fehlen Einflußfaktoren auf die Geburten wie wirtschaftliche Schwankungen, Ideologien, Annahme oder Ablehnung neuerer medizinischer Erkenntnisse, von Krieg oder Naturkatastrophen ganz zu schweigen. Dennoch sollten demographische Untersuchungen dazu führen, daß jeder aus seiner Stellung in der Gesellschaft sich Gedanken macht über mögliche, kommende Konsequenzen. Welchen Stellenwert man dann den einzelnen positiven oder negativen Auswirkungen beimißt und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, muß die Gesellschaft selbst entscheiden. Sie muß sich nur im klaren darüber sein, daß es eine Alternative mit *nur* positiven Aspekten nicht gibt. Irgendwo stecken immer auch Nachteile.

Wir hatten uns in der Nachkriegszeit daran gewöhnt, daß unser Bevölkerungsstand laufend wuchs. Heute gehört die Bundesrepublik mit zu den dichtest besiedelten Ländern der Erde. Ist es zu vertreten, daß wir noch weiter zunehmen, eine Entwicklung fördern, die den einmal festliegenden Raum noch stärker belastet? Ebenso problematisch wie ein uferloses Bevölkerungswachstum erscheint aber auch ein ständiger Rückgang. Wenn der gegenwärtige Negativsaldo zwischen Geburten und Sterbefällen anhält (und das sieht vorerst so aus), steuern wir allmählich auf einen Zeitpunkt zu, wo die Schrumpfung nicht mehr tragbar sein wird. Das ist nicht ein Tag oder ein Jahr, in dem dann das System unseres heutigen gesellschaftlichen Zusammenlebens zusammenbricht, sondern quasi eine schleichende Krankheit, die sich über viele Jahrzehnte erstrecken kann, aber sich eines Tages z. B. im Bildungsbereich, zu einer anderen Zeit bei Fragen des Berufsnachwuchses, ein andermal viel-

leicht auf dem Verteidigungssektor bemerkbar macht. Die Folgewirkungen sind typisch für probabilistische Systeme, wovon die Demographie eines ist, daß sie nämlich nicht wie deterministische bei Überbelastung zu Bruch gehen, sondern daß sie zunächst auf andere, noch tragfähige Elemente ausweichen. Und das täuscht den Uneinsichtigen und den Zögernden ein scheinbar noch heiles Bild vor.

Wir wissen, daß bei ein bis zwei Kindern pro Familie (oder gar keinen) der Bevölkerungsstand ohne Einwanderung nicht zu halten ist. Wir brauchen auch Familien mit drei und mehr Kindern. Auf der anderen Seite kennen wir die starke Verzahnung von Bevölkerungsstand, Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur mit allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Es scheint also dringend geboten, darüber nachzudenken, wie wir es anstellen, daß diese Verzahnung so reibungslos wie möglich erhalten bleibt. Bei der Frage nach Maßnahmen stößt man zwangsläufig in politische Bereiche vor, auf die Ebene alternativer Entscheidungen, ob man gezielte Geburtenpolitik betreiben soll oder Einwanderungspolitik, oder beides. Entschlüsse auf diesem Gebiet sind für den Politiker sicher nicht nur deshalb schwer, weil sie ihm keine kurzfristigen Erfolge bringen, sondern auch, weil bei der Zählflüssigkeit demographischer Abläufe aufwendige Vorarbeiten und ein langfristig gesichertes Steuerungssystem notwendig sind, um nach Jahrzehnten beabsichtigte Wirkungen zu verzeichnen. Wer mit laufenden Alltagsfragen eingedeckt wird, hat es sicher nicht leicht, sich auch noch mit bevölkerungspolitischen Überlegungen und Zielvorstellungen zu befassen. Aber wir kommen alle nicht an der Auseinandersetzung mit der Zukunft unseres Volkes vorbei, wenn wir nicht eines Tages aus einem sanften Traum durch Tatsachen geweckt werden wollen, die dann irreparabel sind.